

Für Frieden und Demokratie

Von Otto Grotewohl, Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt herzlich den V. Kongreß der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen, der vom 5. bis 9. September 1951 in Berlin tagt. Die Abhaltung dieses Kongresses in der Hauptstadt Deutschlands, in Berlin, ist ein Beweis des Vertrauens der Länder des Friedens und der Demokratie zur Deutschen Demokratischen Republik und zu allen friedliebenden und demokratischen Kräften Deutschlands.

Der Kongreß wird die Aufgaben des Kampfes um den Frieden in den Mittelpunkt stellen, weil sich die demokratischen Juristen aller Länder darüber im klaren sind, daß die Erhaltung des Friedens die zentrale Aufgabe in der gegenwärtigen Situation ist. Dieser hohen Aufgabe hat sich die Vereinigung Demokratischer Juristen seit ihrem Bestehen gewidmet. In ihrem Appell an die Juristen der ganzen Welt anläßlich des IV. Kongresses in Rom im Oktober 1949 brachte die Vereinigung ihren entschlossenen Willen zum Ausdruck, alle Anstrengungen zur Verteidigung des Friedens und der Sicherheit der Nationen zu unternehmen. „Das Recht“, so heißt es in diesem Appell, „muß im Dienste der großen Sache des Fortschritts und der Freiheit stehen; es muß eine Waffe im Kampf für Frieden und Demokratie sein.“ Diese Forderung muß heute mehr denn je in die Tat umgesetzt werden.

Die politische Entwicklung vom IV. Kongreß 1949 in Rom bis heute zeigt, daß sich die internationale Situation verschärft hat und daß die Kräfte des Krieges ihre Anstrengungen vervielfachen, um einen neuen Krieg vorzubereiten. Hand in Hand mit der politischen und wirtschaftlichen Rüstungskampagne geht die Faschisierung des Rechts, die willkürliche Verletzung der Menschenrechte und die bewußte Zerstörung der internationalen Vertragswerke und Rechtsbegriffe durch Gewalt und Terror in den imperialistischen Staaten und in den von ihnen unterdrückten Ländern. Die faschistische Rassenhetze feiert ihre Auferstehung in der amerikanischen Klassenjustiz, die unschuldige Neger zum Tode verurteilt. In Scheinprozessen sind Mitglieder der Kommunistischen Partei und andere Bürger der USA wegen „unamerikanischen Verhaltens“ einer beispiellosen Willkür von Klassenrichtern ausgeliefert.

Gegen diese von den imperialistischen Kriegstreibern diktierte Gewaltherrschaft, die das Recht der Völker mißachtet, werden die demokratischen Juristen aus allen Ländern ihre Stimme erheben. Das Land des Sozialismus, die Sowjetunion, ist das leuchtende Vorbild dafür, wie in einem von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Lande der Mensch sich wirklich frei entfalten, in Freiheit leben und schaffen kann.

Für die deutschen Juristen wird die Mitgliedschaft in der Vereinigung Demokratischer Juristen die Möglichkeit des allseitigen Erfahrungsaustausches bieten. Dadurch wird ihre Arbeit für den Frieden und für die Einheit eines unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands befruchtet werden und neue Impulse erhalten. Die deutschen Juristen wissen aus der Geschichte der Vergangenheit, daß die Vorbereitung des 2. Weltkrieges mit denselben Mitteln durchgeführt wurde, die heute der anglo-amerikanische Imperialismus auf wirtschaftlichem, politischem und rechtlichem Gebiete anwendet. Daraus erwächst für sie die Verpflichtung, ihre Anstrengungen im Kampf um den Frieden und um die Schaffung eines demokratischen Deutschland zu verstärken.

Möge der V. Kongreß der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen in Berlin dazu beitragen, die Entwicklung des demokratischen Rechts der friedliebenden Völker zu fördern.